



Protokollauszug

zum AUSSCHUSS FÜR BILDUNG, SPORT UND SOZIALES

am Mittwoch, 10.12.2014, 17:05 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1 **Entwicklung der Ganztagsbetreuung an
Ludwigsburger Schulen**

Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkte 1.1 und 1.2.

TOP 1.1	Ludwigsburger Rahmenbedingungen für Ganztagsgrundschule nach neuem Schulgesetz - "Ludwigsburger Ganztage plus"; Einrichtung der Hirschbergschule als Ganztagsgrundschule in Wahlform und Überführung der Schloßlesfeldschule in eine Ganztagsgrundschule in Wahlform zum Schuljahr 2015/2016 (Vorberatung)	Vorl.Nr. 316/14
----------------	---	------------------------

Empfehlungsbeschluss:

1. Den Anträgen der Hirschbergschule und Schloßlesfeldschule auf Einrichtung als Ganztagsgrundschulen in Wahlform zum Schuljahr 2015/16 wird zugestimmt (Anlage 2 und 3 zur Vorl. Nr. 316/14).
2. Die Elternbeiträge für die ergänzende Betreuung an Ludwigsburger Ganztagsgrundschulen nach Gesetz werden ab dem Schuljahr 2015/16 entsprechend der Anlage 4 zur Vorl. Nr. 316/14 festgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen und nach Ziffern getrennt.

Der Beschluss zur Ziff. 1 wird mit 12 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich angenommen.

Der Beschluss zur Ziff. 2 wird mit 11 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** und Frau **Schmetz** (FB Bildung, Familie und Sport) führen unter Verweis auf die Vorl. Nr. 316/14 in den Tagesordnungspunkt ein. Dabei geht Frau Schmetz insbesondere auf die folgenden Punkte ein:

- Rechtsgrundlage für Ganztagesgrundschulen
- Anträge der Hirschberg- und der Schlösslesfeldschule
- Arbeitsgruppe mit den Grundschulen
- Beteiligung der Eltern
- Schulbezirkswechsel

Stadtrat **Meyer** schildert, dass die aktuelle Entwicklung zunehmend in Richtung Ganztagschule gehe. Allerdings sei für die Eltern auch eine Wahlfreiheit wichtig, die bei Umsetzung des Verwaltungsvorschlages nicht bestehe. Deswegen stellt er im Namen seiner Fraktion im Sachzusammenhang den Antrag, den Beschlussvorschlag um die folgende Ziffer 3 zu ergänzen:

3. Die Verwaltung entwickelt bis zur Sitzung des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales am 21.01.2015 in Abstimmung mit der Schule und den Eltern ein Angebot für Halbtagschulkinder mit den folgenden Eckpunkten/Informationen:
 - Betreuung bis 14:00 Uhr
 - anfallende Kosten für die Betreuung
 - erforderliche Mindestzahl an teilnehmenden Kindern (Quorum)
 - Regelung bzgl. der Schulbezirke, damit ein Wechsel in eine benachbarte Schule möglich ist; Kapazitäten in den benachbarten Schulen
 - Prüfung der Situation/des Bedarfs der Spätbetreuung (bis 18:00 Uhr) an der Hirschbergsschule

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** bedankt sich bei allen Beteiligten und bezeichnet es als Meilenstein, dass nun eine richtige Versorgung im Grundschulbereich vorhanden sei. Die Weiterentwicklung der Schlösslesfeldschule sei vor allem aufgrund des deutlichen Zuzugs in diesem Gebiet wichtig. Sie kritisiert allerdings die Betreuungslücke am Freitag Nachmittag und die Kalkulation zu den vorgeschlagenen Elternbeiträgen. Zum Antrag von Stadtrat Meyer teilt sie mit, dass Arbeitsgemeinschaften angeboten würden, sodass die Kinder auch etwas länger in der Schule bleiben könnten. Weiter bemängelt sie, dass morgens für eine Stunde eine Erzieherin oder ein Jugendbegleiter kommen müsse und erkundigt sich danach, ob die Betreuung eventuell durch das Lehrpersonal übernommen werden könne. Außerdem sei es auch besser, wenn die Lehrerinnen und Lehrer in der Mittagszeit mit den Schülern essen würden.

Stadtrat **Daferner** bedankt sich für den Vorschlag Ganztagesgrundschulen in Wahlform anzubieten und findet es sehr sinnvoll, mit diesen beiden Schulen einzusteigen. Darüber hinaus findet er es gut, dass der Wechsel in einen anderen Schulbezirk möglich sei, wenn dies von den Eltern gewünscht werde. Die Einbindung der Eltern bewerte er zwar als positiv, es sei jedoch schwer zu vermitteln, dass eine Erhöhung der Elternbeiträge erforderlich sei. Seine Fraktion könne der Verwaltungsvorlage zustimmen, bitte aber darum, nochmals mit den Schulleitungen und den Elternvertretern die in dem Brief der beiden Schulleiterinnen aufgeworfenen Fragen zu besprechen.

EBM **Seigfried** weist darauf hin, dass mit dem neuen Ganztagesmodell eine veränderte Situation bestehe. Jetzt werde eine kostenfreie Ganztageschule angeboten mit Zusatzleistungen, die ganz individuell gebucht werden könnten. Somit entstehe auch in Bezug auf die Kosten eine sehr individuelle Lösung. Außerdem werde eine gesicherte Betreuungszeit für die Kinder bis 15 Uhr gewährleistet.

Stadträtin **Moersch** lobt die Erstellung des Konzepts und die Einbeziehung der schulischen Gremien sowie der Elternschaft. Bezug nehmend auf den Elternbrief stellt sie klar, dass sicherlich nicht alle Beteiligten zufrieden gestellt werden könnten, aber so möglichst viele mitgenommen werden sollten. Dabei sei es auch wichtig, die aufgeworfenen Fragen und Problemstellungen zu berücksichtigen. Ihre Fraktion könne dem Verwaltungsvorschlag zustimmen und bitte zu dem CDU-Antrag um eine Stellungnahme der Schulleiterinnen.

Stadtrat **Heer** begrüßt das Konzept in Wahlform und einer kostenlosen Ganztagesgrundschule bis 15 Uhr. Die Eltern könnten sich dann gut auf den vorgeschlagenen Tagesablauf einstellen und es werde eine Verbesserung bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie erzielt. Die FDP könne dem Verwaltungsvorschlag gerne zustimmen, bitte jedoch darum in Eglosheim eine Hortbetreuung bis 18 Uhr anzubieten.

Frau **Lichtenfeld** (Staatliches Schulamt) schildert die Aufteilung des Deputats der Lehrerinnen und Lehrer. Zu den Anregungen aus der Mitte des Gremiums stellt sie klar, dass die Frühbetreuung und die Betreuung während des Mittagessens Aufgabe des Schulträgers sei.

Frau **Schick** (Schlösslesfeldschule) und Frau **Rückert** (Hirschbergschule) stellen nochmals die Eckpunkte des vorgeschlagenen Konzepts vor, welches vom Großteil der Eltern begrüßt werde. Die Elterngremien hätten auch den Wunsch geäußert, keine parallele Kernzeit mehr anzubieten. Dies sei auch aufgrund der vorhandenen Räume nicht möglich. Eine Aufteilung in Halb- und Ganztagesklassen sei nicht möglich und auch nicht zweckmäßig. Das bisherige Konzept an der Hirschbergschule gleiche einem „Flickwerk“ und sei pädagogisch nicht sinnvoll. Die vorgeschlagene Rhythmisierung sei auch aufgrund der Vorgaben des Schulamts notwendig. Sie weisen nochmals darauf hin, dass das Konzept auf Wunsch der Eltern erstellt worden sei und die große Mehrheit damit einverstanden sei.

EBM **Seigfried** ergänzt, dass das Land bei Ganztageschulen keine finanzielle Unterstützung mehr für die Kernzeitbetreuung und Horte gewähre und dafür auch kein Raumangebot mehr zur Verfügung stehe. Würde man zum Beispiel an der Hirschbergschule den Hort zusätzlich weiter betreiben, würde man dafür über kurz oder lang keine finanzielle Unterstützung mehr erhalten. Für eine Gruppe Kernzeitbetreuung an der Schlösslesfeldschule von 11:30 Uhr bis 14 Uhr sei grob geschätzt mit Personalkosten in Höhe von jährlich 30.000 Euro zu rechnen. Hinsichtlich des CDU-Antrags berichtet er, dass sich sowohl die Schulen als auch die meisten Eltern für den unmittelbaren Wechsel aussprechen würden.

Stadtrat **von Stackelberg** betont, dass jetzt die Rahmenbedingungen festgelegt und ein positives Signal für die Ganztagesgrundschule erfolgen müsse. Er schließt sich den beiden Schulleiterinnen dahingehend an, dass in Zukunft kein Flickenteppich mehr angeboten werden solle. Weiter erkundigt er sich nach der Organisation der Betreuungszeiten und dem Umgang mit den bisherigen Betreuungspersonen.

Stadtrat **Kasdorf** vertritt den Standpunkt, dass der Schülerhort bis 18 Uhr geöffnet sein und die Qualität der Betreuung gleich bleiben sollte. Außerdem sei eine Erhöhung der Gebühren nicht verständlich. Aufgrund dessen stellt er im Namen seiner Fraktion den folgenden Antrag:

Die Abstimmung über die Ziffer 2 der Vorl. Nr. 316/14 wird zurückgestellt. Die Stadtverwaltung erarbeitet ein Gebührenkonzept mit einheitlichen Gebühren. Der Anteil der Eltern ist geringer angesetzt als in der Vorl. Nr. 316/14.

EBM **Seigfried** führt aus, dass an der Hirschbergschule momentan eine Kernzeitenbetreuung und ein Hort angeboten wurde. Die Verwaltung würde vorschlagen, den Hort irgendwann auslaufen lassen, was aber eine eigene Entscheidung des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales sei. Falls weiterhin ein ausreichender Bedarf von ca. 10 Kindern vorhanden sei, könne der Hort auch weitergeführt werden oder die Betreuung in einer anderen Form, z.B. im Rahmen einer

Kooperation mit Tagesmüttern, fortgeführt werden.

Abschließend lässt EBM **Seigfried** über die Anträge (siehe oben) und den Verwaltungsvorschlag in dieser Reihenfolge abstimmen:

1. Antrag der CDU-Fraktion zur Ergänzung des Beschlussvorschlages um eine Ziffer 3:
Die Abstimmung erfolgt offen.
Der Antrag wird mit 3 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.
2. Ziffer 1 des Verwaltungsvorschlages (Vorl. Nr. 316/14):
Abstimmungsergebnis siehe oben
3. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:
Die Abstimmung erfolgt offen.
Der Antrag wird mit 4 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.
4. Ziffer 2 des Verwaltungsvorschlages (Vorl. Nr. 316/14):
Abstimmungsergebnis siehe oben

TOP 1.2

Raumprogramm Grundschule Hoheneck

Vorl.Nr. 435/14

Abweichender Beschluss:

1. Dem Raumprogramm für eine 3-zügige Grundschule mit Ganztagesbereich wird zugestimmt. *Die Verwaltung wird beauftragt, das Anliegen der Schule zusätzlich 23 m² für Lehrmittel zur Verfügung zu stellen mit zu untersuchen.*
- ~~2. Die Verwaltung wird beauftragt auf Basis des oben genannten Raumprogramms eine Entwurfsplanung mit Kostenberechnung zu erarbeiten.~~

-abgelehnt

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen und nach Ziffern getrennt.

Der abweichende Beschluss zur Ziff. 1 wird 14 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 0 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Der Beschluss zur Ziff. 2 wird mit 6 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

Beratungsverlauf:

Frau **Schmetz** (FB Bildung, Familie und Sport) verweist auf die Vorl. Nr. 435/14 und die Ausführungen in der letzten Sitzung. Die Verwaltung habe nochmals ein Gespräch mit Herrn Kasten geführt, dessen Stellungnahme auch den Mitgliedern des Gemeinderates vorliege. Darin gehe es hauptsächlich um organisatorische Themen und Umsetzungsfragen, die für den heutigen Beschluss des Raumprogramms nicht relevant seien.

Stadtrat **Meyer** erklärt, dass er der dem Beschlussvorschlag mit gewissen Bedenken zustimmen könne. Er möchte allerdings wissen, wann bzw. wie die Finanzierung sowie die zeitliche Umsetzung dieser Maßnahme erfolgen könne.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** berichtet, dass sie bereits vor einem Jahr die Verzögerung bei der Grundschule Hoheneck angemahnt habe. Die Umsetzung dieser Maßnahme sei nun dringend notwendig,

Stadtrat **von Stackelberg** und seine Fraktion könnten der Vorlage, die gut und sinnvoll sei, zustimmen. Zum einen sei beschlossen worden, dass die Container lediglich eine zeitlich begrenzte Lösung seien. Zum anderen fehle es in der Grundschule Hoheneck an Schul- und Betreuungsräumen. Er plädiert dafür, dass die Verwaltung zunächst in Gesprächen mit der Schule und den Eltern die Bedarfe ermittle bevor neue Planungen angefertigt werden.

Stadtrat **Weiss** stellt klar, dass er grundsätzlich keine Einwände gegen das vorgeschlagene Raumprogramm habe. Seine Fraktion fordere allerdings immer noch die Einhaltung der Standards ein. In nächster Zeit seien sehr viele Investitionen geplant, deren Reihenfolge noch festgelegt werden müsse. Weiter erkundigt er sich nach dem aktuellen Stand bei der Turnhalle in Hoheneck.

Stadtrat **Heer** betont, dass die Raumsituation der Grundschule Hoheneck dringend verbessert werden müsse und jetzt in die Planungen eingestiegen werden müsse. Dazu würden natürlich auch Gespräche mit allen Beteiligten gehören.

EBM **Seigfried** verdeutlicht, dass in der heutigen Sitzung nur das Raumprogramm beraten werden solle. Zur Zeit seien noch keine Finanzierungsmittel für die Baumaßnahme vorhanden.

Frau **Barnert** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) legt dar, dass das Raumprogramm die Grundlage für die Planung der Baumaßnahme bilde. Bei einer entsprechenden Priorisierung durch den Gemeinderat könne im 1. Quartal 2015 die Technikplanung vergeben werden. Die Bauzeit betrage mindestens 14 Monate. Bezüglich der Turnhalle berichtet sie, dass derzeit das Raumprogramm erstellt werde, welches vom Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales beschlossen werden müsse.

Herr **Kasten** (Grundschule Hoheneck) erläutert, dass er sehr froh sei, dass nun ein Raumprogramm mit Ganztagesbereich vorgeschlagen werde. Die Schule habe bisher den Standpunkt vertreten, dass der Ganzttag erst eingeführt werden solle, wenn auch die baulichen Voraussetzungen gegeben seien. Die Wünsche der Lehrerinnen und Lehrer seien in der Stellungnahme dokumentiert. Beispielsweise würden sie um einen Sozialraum und um einen Arbeitsraum für die Lehrkräfte sowie um einen Lehrmittelraum bitten.

Stadtrat **Noz** erinnert daran, dass bei den Beratungen zum Haushalt dafür plädiert worden sei, Planungen für Baumaßnahmen erst dann zu erstellen, wenn auch die Finanzierung dafür gesichert sei. Der Ziffer 2 des Beschlussvorschlages könne er deshalb nicht zustimmen, da der Gemeinderat erst die Prioritäten für die verschiedenen Baumaßnahmen festlegen müsse.

EBM **Seigfried** erwidert, dass der Vorschlag von Stadtrat Noz dem vom Gemeinderat beschlossenen Projektfahrplan widersprechen würde.

Aufgrund der Anregung von Herrn **Kasten** bittet Stadtrat **Noz** darum, dass die Verwaltung untersuchen solle, ob zusätzlich zu dem vorgelegten Raumprogramm 23 m² für Lehrmittelraum zur Verfügung gestellt werden könne.

Die Ziffer 1 des Beschlussvorschlages wird daraufhin einmütig wie folgt abgeändert:

1. Dem Raumprogramm für eine 3-zügige Grundschule mit Ganztagesbereich wird zugestimmt. *Die Verwaltung wird beauftragt, das Anliegen der Schule zusätzlich 23 m² für*

Lehrmittel zur Verfügung zu stellen mit zu untersuchen.

Sodann lässt EBM Seigfried über den geänderten Beschlussvorschlag der Vorl. Nr. 435/14 abstimmen.

TOP 1.2.1 **Bildung und Betreuung: Grundschule Hoheneck** **Vorl.Nr. 456/13**
- Antrag der SPD-Fraktion vom 20.11.2013

Beratungsverlauf:

Der Antrag der SPD-Fraktion vom 20.11.2013, Vorl. Nr. 456/13 ist mit der Beratung und Abstimmung zur Vorl. Nr. 435/14 erledigt.

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 1.2.

TOP 2 **Ergebnisse des Prüfauftrags auf Zusammenführung** **Vorl.Nr. 430/14**
der beiden Grundschulen Anton-Bruckner-Schule und
Pestalozzischule

Beratungsverlauf:

EBM Seigfried verweist auf die vorliegende Mitteilungsvorlage Nr. 430/14.

Die Mitglieder des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales verzichten einmütig auf einen weiteren Sachvortrag und Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt.

TOP 3 **Neubau einer Kindertageseinrichtung am Standort** **Vorl.Nr. 161/14**
Hohen Rain
- Standort
- Grundsatzbeschluss
- Übernahme der Trägerschaft
- Raumprogramm
- Art der Vergabe der Planungsleistungen
(Vorberatung)

Beratungsverlauf:

Einleitend schildert Frau Schmetz (FB Bildung, Familie und Sport) anhand einer Präsentation die Kernpunkte der Vorl. Nr. 161/14. Dabei geht sie auf die derzeit in Neckarweihingen vorhandenen Plätze in der Kindertagesbetreuung sowie auf die prognostizierte Entwicklung nach Inbetriebnahme der Kindertageseinrichtung am Standort Hohen Rain 2016 ein. Außerdem nennt sie die vorhandenen Betreuungsplätze nach der Erweiterung der Einrichtung in der Landäckerstraße und der Inbetriebnahme des Kinder- und Familienzentrums 2017/18. Wenn alle der geplanten

Einrichtungen fertig erstellt und bezogen sind, sei die Schließung der Einrichtung im Häslenweg geplant.

EBM **Seigfried** ergänzt, dass die Beratungen zur Erweiterung der katholischen Kindertageseinrichtung Landäcker Straße sowie zum Kinder- und Familienzentrum Neue Straße für das 1. Quartal 2015 geplant seien. Die Finanzierung aller Maßnahmen sei noch nicht im Haushaltsplan enthalten und müsse aus der Sammelposition erfolgen.

Stadtrat **Noz** führt im Namen seiner Fraktion aus, dass diese grundsätzlich mit diesem Standort einverstanden sei. Bevor Planungen erstellt bzw. beauftragt werden, müsse allerdings die Priorisierung der Baumaßnahmen durch den Gemeinderat festgelegt werden.

Stadträtin **Steinwand** weist auf den vorhandenen Sanierungsstau hin, der eigentlich schon vor 10 bis 15 Jahren behoben werden hätte sollen. Sie erkundigt sich danach, was passiert, wenn in der Au der Generationswechsel stattfindet und teilt mit, dass ihre Fraktion zustimmen werde.

Stadtrat **Daferner** entgegnet der Wortmeldung von Stadtrat Noz, dass diese Maßnahme bereits teilweise finanziert sei und somit eine andere Situation bestehe. Er habe zwar Bedenken, da der Standort Hoher Rain eine Vorfestlegung für das Baugebiet darstelle, werde aber trotzdem zustimmen. Außerdem möchte er wissen, ob es möglich sei, dass Kinder in Marbach betreut werden, da dort ein Kindergarten nicht voll besetzt sei.

Stadträtin **Moersch** teilt die Bedenken ihrer Vorredner und bittet darum, die Prioritäten für die einzelnen Baumaßnahmen so schnell wie möglich festzulegen.

Stadtrat **Heer** hält eine Priorisierung auch für wichtig. In diesem Fall sei es jedoch dringend notwendig, einen Schritt weiter zu kommen, sodass er der Vorl. Nr. 161/14 zustimmen werde.

Bezug nehmend auf die Anlage 1 der Vorl. Nr. 161/14 möchte Stadtrat **Kasdorf** wissen, ob über dem geplanten Standort für die Kindertageseinrichtung eine Hochspannungsleitung verlaufe.

EBM **Seigfried** betont, dass in Neckarweihingen mittlerweile eine fatale Situation herrsche und bis mindestens 2017 ein deutlicher Fehlbedarf an Betreuungsplätzen bestehe. Für die Au bestehe in Neckarweihingen keine Perspektive mehr wenn alle Baumaßnahmen umgesetzt seien. Zu der angesprochenen Einrichtung in Marbach berichtet er, dass er bereits mit dem Bürgermeister gesprochen habe. Dort liege die Nachfrage nach Betreuungsplätzen deutlich unter 34 %, sodass die Gruppe für Kinder unter 3 Jahren vermutlich erst zum Kindergartenjahr 2015/16 eröffnet werde. Ob dann eventuell Kinder aus Neckarweihingen aufgenommen werden, könne zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht zugesagt werden.

Stadtrat **Noz** erklärt, dass er die Ziffern 1 bis 5 des Beschlussvorschlages mittragen könne. Er bitte darum, eine mögliche Beeinflussung durch die Hochspannungsleitung zu prüfen. Des Weiteren weist er darauf hin, dass bei der Zustimmung zur Kindertageseinrichtung ein Bebauungsplan aufgestellt werden müsse.

Frau **Barnert** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) stellt den weiteren Zeitplan bei Zustimmung zur Vorl. Nr. 161/14 vor. Den Fragen zu der eventuell vorhandenen Hochspannungsleitung werde der Verwaltung nachgehen.

Aufgrund der Beratung spricht sich das Gremium dafür aus, in der heutigen Sitzung keinen Empfehlungsbeschluss zu fassen und stattdessen bis zur Sitzung des Gemeinderats am 11.12.2014 zu klären, ob dort eine Hochspannungsleitung verlaufe und ob diese ggfs. den Bau einer Kindertageseinrichtung beeinflusse.

Beschluss:

Die Verwaltung beauftragt das Büro Weeber+Partner, Stuttgart, mit der Durchführung der stadtweiten, repräsentativen schriftlichen Befragung „Älter werden in Ludwigsburg“ sowie der Beratung, Begleitung und Evaluation von quartiersbezogenen Umsetzungsmaßnahmen in zwei Pilotquartieren.

Für diese Aufgaben werden Mittel in Höhe von 110.000 € inkl. Nebenkosten und MwSt. zur Verfügung gestellt. Die Kosten für die Beauftragung des Büros werden im Rahmen des Förderprojekts „ZukunftsWerkStadt“ vollständig durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) erstattet.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Herr **Großmann** (Referat Nachhaltige Stadtentwicklung) verweist auf die Vorl. Nr. 457/14 und stellt anhand einer Präsentation die Eckpunkte der Befragung dar. Dabei geht er insbesondere auf die folgenden Aspekte ein:

- Ausgangslage
- Ziele
- Themenfelder des Fragebogens
- Einzelne Fragen
z. B. zu Wohnformen, Altersgerechtem Wohnen, Gesundheit und Unterstützung
- Ergebnisse
- Empfehlungen
- Förderprogramm „ZukunftsWerkStadt II“

Zum weiteren Vorgehen berichtet Herr Großmann, dass die Befragung im Januar 2015 beginne und deren Auswertung voraussichtlich bis Juni 2015 abgeschlossen sei.

EBM **Seigfried** betont die Wichtigkeit dieses Themas und lobt den aktivierenden Aspekt des Programms.

Stadträtin **Dr. Traub** könne das Projekt mit der damit verbundenen Förderung befürworten und stellt heraus, wie wichtig die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger sei.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** schließt sich ihrer Vorrednerin an und spricht dem Oststadtverein ihren Dank aus. Darüber hinaus erinnert sie an ihren Antrag zur Erstellung eines Stadtentwicklungsplans für Senioren.

Stadträtin **Faulhaber** erklärt im Namen ihrer Fraktion, dass diese der Vorlage zustimmen könne

Willkommenskultur als neues Ziel in den Masterplan 6 „Zusammenleben von Generationen und Nationen“ aufzunehmen. Dieses strategische Ziel sei mit operativen Zielen, Maßnahmen und Aufgaben (siehe Vorl. Nr. 552/14) hinterlegt. Bereits jetzt würden die Ludwigsburger Bürgerschaft den Asylsuchenden mit einer großen Hilfsbereitschaft und vielfältigem ehrenamtlichen Engagement begegnen.

EBM **Seigfried** bedankt sich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, die sich um diese ganz kurzfristig entstandene Aufgabe kümmern.

Zur aktuellen Situation berichtet EBM **Seigfried**, dass nun 435 Flüchtlinge in 15 Objekten in Ludwigsburg untergebracht seien. Die Stadt habe dem Kreis Ludwigsburg zugesagt, bis Ende des Jahres 2015 600 Plätze im Stadtgebiet zur Verfügung zu stellen. Die 200 Plätze am Sonnenberg seien nur für zwei Jahre an den Landkreis vermietet. Somit suche die Stadtverwaltung derzeit nach Flächen bzw. Objekten für sozialen Wohnungsbau, Anschlussunterbringung sowie für Asylbewerberunterkünfte. Darüber hinaus zeigt er die aktuelle Verteilung der Flüchtlingsunterkünfte auf die Stadtteile sowie potenzielle weitere Standorte. Die Stadtverwaltung habe heute die Verwaltungsvereinbarung mit dem Landkreis inhaltlich abgestimmt. Mittlerweile seien unter den Flüchtlingen auch rund 60 Kinder im Kleinkind- und Kindergartenbereich. Bei der Trägerkonferenz hätten alle Teilnehmer ihre Unterstützung zugesagt, auch hinsichtlich der Aufnahme von zusätzlichen Kindern, die die Gruppengröße übersteige. Neben dem großen zivilgesellschaftlichem Engagement hätten auch vielfältige Spenden akquiriert werden können.

Stadträtin **Dr. Traub** betont, wie wichtig eine gute Willkommenskultur sei. Gleichzeitig weist sie aber auch darauf hin, dass dies ein schwieriger und langjähriger Prozess sei. Bezug nehmend auf die Vorl. Nr. 552/14 begrüße sie insbesondere, dass die Ergänzung des Masterplans auch mit operativen Zielen und konkreten Umsetzungsmaßnahmen gefüllt sei.

Stadtrat **Kasdorf** bedankt sich für die gute Arbeit des Fachbereichs Bürgerschaftliches Engagement und befürworte die Aufnahme des neuen Ziels in den Masterplan. Damit sende man ein Signal, dass Ludwigsburg eine weltoffene und engagierte Stadt sei. Zur Schaffung von weiteren Unterkünften rate er dringend davon ab, Asylbewerber im Riedle unterzubringen, da aufgrund der dortigen Obdachlosenunterbringung ein hohes Konfliktpotenzial entstehe.

EBM **Seigfried** stellt klar, dass die Abstimmung über die Vorl. Nr. 552/14 losgelöst von einer eventuellen Unterbringung von Flüchtlingen im Riedle sei

Stadtrat **Daferner** ist der Meinung, dass dieses Ziel sehr gut in diesen Masterplan passe und lobt die Offenheit der Menschen in Ludwigsburg. Bei der Willkommenskultur für Flüchtlinge und Asylbewerber sollten andere Migranten nicht in Vergessenheit geraten.

Stadtrat **Dengel** betont, dass Erweiterung des Masterplans und Verankerung der Willkommenskultur richtig und wichtig sei, damit in Ludwigsburg kein Hass gegen Asylbewerber entstehen könne.

Stadtrat **Heer** erklärt im Namen der FDP, dass Asylbewerber und Flüchtlinge in Ludwigsburg willkommen geheißen werden sollten. Mit der Ergänzung des Masterplans setze man ein positives Zeichen für die Stadtgesellschaft.

Stadtrat **Kube** könne der Aufnahme des strategischen Ziels in den Masterplan ebenfalls zustimmen. Dabei sei insbesondere wichtig, diese Ziele mit konkreten Maßnahmen zu verwirklichen, was allerdings eine große Herausforderung darstelle.

EBM **Seigfried** weist darauf hin, dass die Unterbringung von Obdachlosen keine normale Wohnsituation sei. Seiner Meinung sei es durchaus zumutbar, Flüchtlinge im Riedle neben Obdachlosen unterzubringen. Dieses Thema stehe allerdings heute nicht zur Beratung bzw. Beschlussfassung. Abschließend lässt er über die Vorl. Nr. 552/14 abstimmen.

**TOP 5.2 Aktueller Stand Unterbringung von
Flüchtlingen/Asylbewerbern
- Mündlicher Bericht**

Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 5.1.

TOP 6 Jahresbericht Standesamt Vorl.Nr. 551/14

Beratungsverlauf:

Herr **Schindler** (FB Bürgerdienste) stellt den Fachbereich Bürgerdienste mit 62 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und den Teams Bürgerbüro mit Ausländerrecht und Wahlen, Standesamt sowie Soziales vor. Außerdem geht er kurz auf die einzelnen Aufgaben, die Öffnungszeiten sowie die Anzahl der Besucherinnen und Besucher ein.

Anschließend schildert Frau **Schmidt** (FB Bürgerdienste) die Aufgaben des Standesamtes, die von den 8 Mitarbeiterinnen in einem wöchentlich wechselnden rollierenden System wahrgenommen werden. Bezug nehmend auf die vorliegende Broschüre „Verliebt, verlobt, verheiratet – Trauungen in Ludwigsburg“ erinnert sie an die gelungene Renovierung des Trauraums in der Oberen Markstraße. Seit dem Jahr 2013 bietet die Stadt auch Trauungen im Freien im Blühenden Barock an. Neben der Durchführung von Trauungen würden noch viele andere Aufgaben zum Standesamt gehören, wie z. B. die Bearbeitung von Kirchenaustritten oder die Erstellung von Urkunden.

Die Mitglieder des Gremiums verzichteten einmütig auf eine Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt.